

Antrag

der Abgeordneten Müller (Pleisweiler), Gerster (Worms), Brück, Büchner (Speyer), Conrad, Diller, Dr. Ehmke (Bonn), Erler, Fischer (Homburg), Dr. Götte, Heistermann, Horn, Jahn (Marburg), Leonhart, Pauli, Dr. Pick, Dr. Scheer, Scherrer, Schreiner, Sielaff, Dr. Soell, Stiegler, Voigt (Frankfurt), Weyel, Wieczorek-Zeul, Reimann

Abzug aller chemischen Waffen aus Rheinland-Pfalz

Der Bundestag wolle beschließen,

- daß alle chemischen Waffen aus Rheinland-Pfalz so bald wie möglich abgezogen werden,
- daß die chemischen Waffen nicht auf rheinland-pfälzischem Boden vernichtet werden, sondern zum Zweck der Vernichtung abtransportiert werden,
- daß der Abtransport der chemischen Waffen aus Rheinland-Pfalz unter Sicherheitsvorkehrungen erfolgt, die jedes Risiko für die Bevölkerung ausschließen,
- daß sich die Bundesrepublik Deutschland an den Kosten für den Bau einer Anlage zur Vernichtung chemischer Waffen auf internationaler Ebene beteiligt,
- daß die Bundesregierung die Exportbestimmungen für Anlagen zur Herstellung chemischer Produkte verschärft, um Mißbräuche weitestgehend auszuschließen,
- daß die Bundesregierung in Verhandlungen mit den alliierten Streitkräften einen konkreten Zeitplan für den Abzug chemischer Waffen aus Rheinland-Pfalz erreicht,
- daß dem Deutschen Bundestag bis zum 30. September 1989 von der Bundesregierung ein Bericht über den konkreten Verhandlungsstand und den vorgesehenen Zeitablauf des Abzugs aller Chemiewaffen aus Rheinland-Pfalz vorgelegt wird,
- daß nach dem Abzug aller chemischen Waffen aus Rheinland-Pfalz keine neuen chemischen Waffen, auch nicht im Krisenfall, nach Rheinland-Pfalz gebracht und hier gelagert werden.

Der Deutsche Bundestag geht davon aus, daß die geforderten Maßnahmen im Rahmen eines Gesamtkonzeptes von NATO und Warschauer Pakt zum baldigen Abzug aller chemischen Waffen aus Europa und zu deren Vernichtung gleichgewichtig und mit gegenseitiger Kontrolle verwirklicht werden.

Bonn, den 28. Februar 1989

Reimann
Gerster (Worms)
Brück
Büchner (Speyer)
Conrad
Diller
Dr. Ehmke (Bonn)
Erler
Fischer (Homburg)
Dr. Götte
Heistermann
Horn
Jahn (Marburg)
Leonhart
Müller (Pleisweiler)
Pauli
Dr. Pick
Dr. Scheer
Scherrer
Schreiner
Sielaff
Dr. Soell
Stiegler
Voigt (Frankfurt)
Weyel
Wieczorek-Zeul

Begründung

Mit der Zustimmung des Deutschen Bundestages zu diesem Antrag soll das hohe Maß an Gemeinsamkeit der im Landtag Rheinland-Pfalz vertretenen Parteien in dem Bemühen um Reduzierung der Lasten durch die militärische Landesverteidigung unterstrichen werden, das in einem gleichlautenden einstimmigen Landtags-Beschluß vom 20. Januar 1989 zum Ausdruck kommt.